Fortschreibung des Nahverkehrsplanes - Barrierefreiheit im ÖPNV

Beschlussvorschlag:

Der Beirat für Behindertenfragen fordert Rat und Verwaltung auf, bei der hinsichtlich der Barrierefreiheit erforderlichen Fortschreibung des Nahverkehrsplans nach einer umfassenden Bestandsaufnahme ein Zielkonzept zu entwickeln, das Mindeststandards für alle relevanten Bereiche festlegt. Auf der Grundlage eines solchen Zielkonzepts soll dann die Maßnahmenplanung erfolgen. Der Beirat für Behindertenfragen erwartet, dass er – entsprechend der Rechtslage – an allen relevanten Schritten frühzeitig beteiligt wird.

Begründung:

Die am 01.01.2013 in Kraft getretene Novelle des Personenbeförderungsgesetzes legt in § 8 Absatz 3 folgendes fest:

Der Nahverkehrsplan hat die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, für die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen.

Die Umsetzung dieser Verpflichtung stellt für alle Beteiligten eine große Herausforderung dar. Auf der Grundlage des aktuellen Nahverkehrsplanes (NVP) für Bielefeld wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein, zumal der NVP nicht gesondert auf das Thema Barrierefreiheit eingeht. Der Beirat für Behindertenfragen sieht von daher dringenden Handlungsbedarf und fordert die Verantwortlichen dazu auf, den NVP gezielt um das Thema Barrierefreiheit zu ergänzen. Die Verwaltung hat am 17.5.2013 im Stadtentwicklungsausschuss mitgeteilt, dass mit vorbereitenden Untersuchungen, einer Bestandsaufnahme für alle Haltestellen, begonnen wurde. Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme sollten in einem Zielkonzept Mindeststandards für alle relevanten Bereiche festgesetzt werden: für die Haltestellen, für die Zuwegung zu Haltestellen, für die Fahrzeuge, für die Fahrgastinformationen usw. Eine Maßnahmenplanung macht nur Sinn, wenn sie sich an solchen Mindeststandards orientiert.

Das Personenbeförderungsgesetz und das ÖPNV-Gesetz NRW legen den Aufgabenträgern die Verpflichtung auf, die Verbände und Vertretungen der Menschen mit Behinderungen an der Fortschreibung des Nahverkehrsplans zu beteiligen. Der Beirat erwartet deshalb, dass er entsprechend beteiligt wird.

gez. Wolfgang Baum